

# Randgänge in der Mitte der Gesellschaft. Die didaktische Dimension der Diskussion um den Gemeinschaftsbegriff

von Werner Friedrichs



Dr. Werner Friedrichs ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Leibniz Universität Hannover (Institut für politische Bildung), Fachleiter am Studienseminar Celle für das Lehramt an Gymnasien und Studienrat am Gymnasium Soltau.

## 1. Bildung und Gesellschaft im postmodernen Umfeld

Politische Bildung und Gesellschaft verweisen in einem systematischen Bezug aufeinander. Wesentlich für die politische Bildung ist ein Bezug auf die Gesellschaft im Sinne eines Bedeutungshorizonts. Ein integrativer gesellschaftlicher Zusammenhang stellt eine Ableitungsregel bereit, die offenbar Urteilskraft und Orientierungswissen erst ermöglichen. Ohne eine solche Referenz laufen viele der didaktischen Fluchtlinien sowie die zentralen didaktischen Kategorien (z.B. Urteilskraft, Orientierungswissen) ins Leere. Unter dem Signum der „neuen Unübersichtlichkeit“ (Habermas) werden seit Längerem zen-

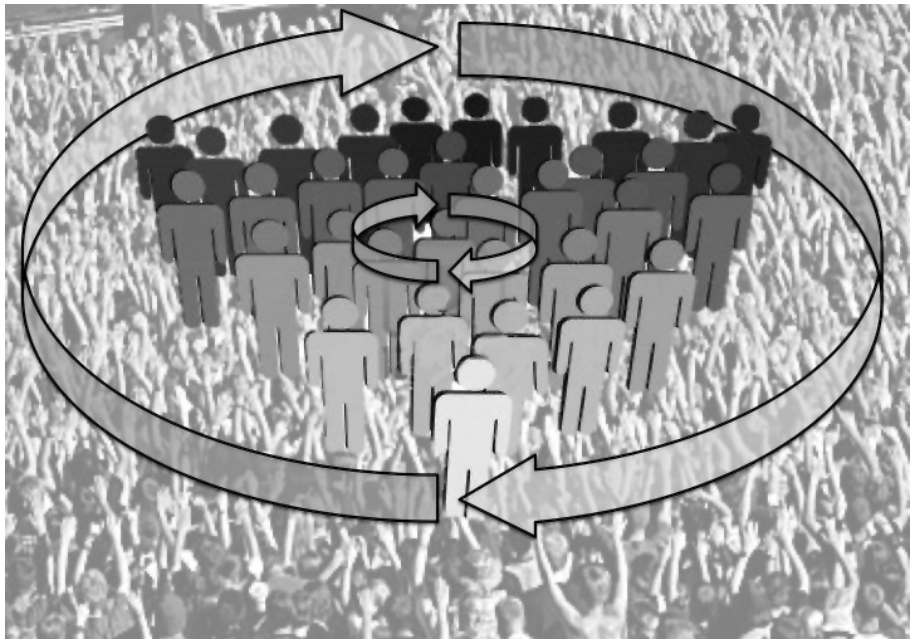
trifugale Entwicklungen in Gesellschaften thematisiert: Es geht um Vervielfältigungen, Spaltungen, Polykontexturalitäten, Diversitäten, Antinomien, Ambivalenzen, neue Flexibilitäten usw. Zwar ist das Sujet einer sich radikalisierenden gesellschaftlichen Entwicklung aus der Perspektive zunehmender Kontingenz dem Grunde nach seit der Moderne bekannt, allerdings wird seit einiger Zeit eine Verschärfung dieser Entwicklung ausgemacht, die sich in einigen Post(-)ismen verdichtet hat. „Man erkennt einen weitgehenden und historisch einmaligen Bruch in den pädagogischen Grundüberzeugungen, der mit der Preisgabe von Einheitsvorstellungen zu tun hat. Die Allgemeine Pädagogik steht erstmalig in ihrer Geschichte vor der Frage, was sie begründen kann, wenn alle einheitlichen Fundamente der Begründung preisgegeben werden müssen [...]. Für diese Erfahrung steht der Begriff ‚Postmoderne‘, der am Ende der achtziger Jahre dominant wird, aber längst vorher die unterschwellige Theorieentwicklung bestimmt hat“ (Oelkers 1997, S. 237). Eine prägnante Beschreibung dieser Situation findet sich in Lyotards Versuch, die Postmoderne in ihren Grundlagen zu erfassen. Kennzeichnend für den Zerfall gemeinsamer Strukturen sei die Verschiebung des Modus der gesellschaftlichen Dissense von einem Rechtsstreit zu einem Widerstreit. Im Widerstreit – dem Charakteristikum der Postmoderne – gäbe es im Unterschied zum Rechtsstreit keine gemeinsame Urteilsregel, die es ermöglicht, ein allgemeinverbindliches Urteil abzuleiten. Damit droht ein spezifisch moderner Bezugshorizont der politischen Bildung zu zerfallen, denn die Abwesenheit einer gemeinsamen Urteilsregel bedeutet das Fehlen einer verbindlichen allgemeinen Deduktionsdisposition, so dass keine Vorstellungen von Gerechtigkeit, Legitimität oder kollektiven Verbindlichkeiten abbildbar sind.

## 2. Strategien politischer Bildung im Pluralismus und ihre Grenzen

Didaktisch werden folglich die Strategien im Umgang mit der Pluralisierung der Gesellschaft unmittelbar bedeutsam. Es können auf einem groben Raster zwei wesentliche Vorgehensweisen unterschieden werden. *Erstens* wird versucht, dem Zerfall tradiert zusammenhängender Elemente einer Umfangslogik entgegenzustellen. In Mindeststandards menschlichen Zusammenlebens kann ein gemeinsamer Bezugsrahmen formuliert werden. Das Projekt *Weltethos* weist etwa moralische Ansprüche aus, die an eine differenzierte Gesellschaft angepasst worden sind. Konkret wird versucht, unter den Bedingungen maximaler Unterschiedlichkeit minimale Gemeinsamkeiten auszuweisen. Didaktisch wird dann in Figuren wie den Grundrechten und -werten oder der Menschwürde auf ethische Mindeststandards Bezug genommen, die für alle Geltung besitzen. *Zweitens* wird versucht, eine Art inneren Kern des gesellschaftlichen Zusammenlebens auszumachen, der auch dann gilt, wenn die je einzelnen Perspektiven in einer dramatischen Pluralisierungsbewegung auseinanderdriften. So wird in der Diskursethik nachgewiesen, dass sich Kontrahenten auch bei extrem unterschiedlichen Positionen immer schon auf die Bedingungen gemeinsamen Sprechens eingelassen haben. Demnach gehen jedem Disput immer schon Verfahrensnormen, -regeln und -erwartungen voraus, die eine Auseinandersetzung erst ermöglichen. In dieser Weise lassen sich demokratische Institutionen auf nationaler und internationaler Ebene problemorientiert didaktisch aufschlüsseln.

Jene Strategien geraten in einer sich entfaltenden Logik des Widerstreits an ihre Grenzen, die sich in den Schwierigkeiten und Ermüdungserscheinungen

der Versuche zeigen, politisch verbindliche Rahmen für nationale und insb. internationale Politik jenseits formell-institutioneller Regelungen zu installieren. Dabei ist nicht unbedingt ein Mangel an einem Willen zu einer gemeinsamen Artikulation von normativen Übereinkünften zu unterstellen, vielmehr erscheint das gemeinsame Moment der oben unterschiedenen Vorgehensweisen nicht mehr geeignet. *Das Proprium jener Strategien besteht in einer Bewegung vom Unbestimmten zum Bestimmten.* Einer vermeintlichen Beliebigkeit durch den definiten Ausweis von Anforderungen entgegen getreten, die eine Wertebasis für den Politikunterricht oder mindestens als Aushandlungsbasis für die Formulierung einer moralischen Haltung dienen können (vgl. Gerhard 2000). In dieser Bewegung der *Bestimmung* ergibt sich ein kritisierbares Moment (das im Übrigen in vielen sozialphilosophischen Versuchen, die Negativität zu systematisieren, zu finden ist), das sich dem systematischen Vorwurf aussetzt, einen umfassenderen Widerstreit still zu stellen. Durch jede Festlegung wird eine Form der Umfangs- oder Basislogik installiert, die notwendig einen Ausschluss des Anderen zur Konsequenz hat (solche Denkfiguren wurden in unterschiedlichen Zusammenhängen exemplifiziert – etwa in der Figur des „Nichtidentischen“). Im Gegensatz dazu fordert eine „postmoderne Ethik“, den Widerstreit zu bezeugen. Allerdings geschieht dies nicht mehr vor dem Hintergrund einer ausweisbaren Rahmenlogik oder -vernunft. Vielmehr ist die Bezeugung des Widerstreits gleichbedeutend mit dem Eingeständnis einer fundamentalen Differenz, einer Unentscheidbarkeit bzw. einem Unbestimmten. Damit wird die untergründige Denkbewegung, die die Überlegungen zur Fassung des gesellschaftlichen Zusammenhangs führte, in ihrer Ausrichtung umgedreht: es geht nicht mehr um den Ausschluss des Unbestimmten in einer Bewegung auf das Bestimmte, sondern um eine Bewegung auf das Unbestimmte zu. Das korreliert mit Diagnosen, dass der Ausgang aus der Moderne geradezu durch eine „Positivierung des Unbestimmten“ (Gamm 1994) systematisch markiert sei. Um dennoch die Frage zu beantworten, was die Gesellschaft im



Um nach dem zu suchen, was die Gesellschaft im Innersten zusammenhält, wird entweder nach der größten (umfänglichsten) oder kleinsten (Kern) Differenz gesucht.

Innersten zusammenhält, gibt es Versuche, die bisherigen Vorgehensweisen zu prolongieren, indem das Moment der Unbestimmtheit mit dem radikalen Pluralismus in einem normativen Modell vermittelt wird. Dazu zählen etwa die „Sphären der Gerechtigkeit“ (Walzer) oder die „Transversale Vernunft“ (Welsch). Die Reflektionen verbleiben aber im Dualismus zwischen einer Engführung des Gesellschaftsbegriffs auf eine Bestimmung und seiner kompletten Auflösung.

Um dieser Gegenüberstellung zu entkommen, geriet in jüngster Zeit der Begriff der Gemeinschaft in den Blick. In der begrifflichen einschlägigen Unterscheidung zur Gesellschaft (Tönnies) hat der Gemeinschaftsbegriff seinen systematischen Ort genau darin, jenes innerste gemeinsame Moment von Gesellschaften auszuweisen, das unter den Bedingungen der Postmoderne einen geradezu aporetischen Zuschnitt bekommen hat. Grundsätzlich lassen sich auch in der Figurierung eines Gemeinschaftsbegriffs jene Probleme ausmachen, die schon die Suche nach einem gemeinsamen Wertehorizont in der Gesellschaft ausmachen. Insbesondere in seiner „ontologischen“ Variante, in der ein gemeinsamer Seinsgrund einer Gesellschaft erblickt wird, scheint der Gemeinschaftsbegriff ein Bedeutungsfeld auf-

zumachen, das als mindestens schwierig zu bezeichnen ist: „Gemeinschaft gilt zumindest im deutschen Kontext immer auch als potenziell gefährlich, totalitär und gewaltsam. Mit den Exzessen der nationalsozialistischen ‚Volksgemeinschaft‘ hat der Begriff seine politische Unschuld verloren, das Verhältnis zum verführerischen Mechanismus der Vergemeinschaftung ist zumindest in Deutschland fortan ein gestörtes.“ (Rosa u.a. 2010, S. 10) Gerade in der Bestimmung eines gemeinsamen Seins zeigt sich im historischen Verlauf die Problematik des Begriffs und damit noch aller Nachdrücklichkeit die Problematik der Bestimmung selbst. Aufgegriffen wurde in der jüngsten Diskussion denn auch die Gemeinschaft als „politisch-ethische“ Kategorie, in der der Gemeinschaftsbegriff jenseits einer bestimmten Variante verortet wird (vgl. dazu auch Böckelmann, Morgenroth 2008).

### 3. Die Didaktische Bedeutung der Diskussion um den Gemeinschaftsbegriff

Nicht zuletzt didaktisch interessant ist der Gemeinschaftsbegriff, weil er diesseits einer „imaginären Institution“ (Castoriadis) angesiedelt scheint. Gemein-

schaften eignet nicht der Eindruck von bestimmten Institutionen mit spezifischen abstrakten Eigenschaften. Es kann somit prinzipiell am Deutungs- und Erfahrungshorizont der Schüler angesetzt werden, um eine Idee eines innersten Zusammenhaltes zum Ausdruck zu bringen. Dabei besteht der Abzweig zu einem (bestimmten) ontologischen Gemeinschaftsbegriff in einer Annäherung, die das radikal Unbestimmte im Zentrum hat – die „entwerkte Gemeinschaft“ (Nancy). Jede Form der Gemeinschaft, die sich in einer bestimmten Form ins Werk setzt, so die Überlegung, verbirgt damit gleichzeitig das gemeinsame produktive Moment, das Zusammensein, das Interesse: „die Gemeinschaft ist weder ein herzustellendes Werk noch eine verlorene Kommunikation, sondern der Raum selbst, das Eröffnen eines Raums der Erfahrung des Draußen, des Außer-Sich-Sein“ (Nancy 1988, S. 45). Nancy denkt – paradigmatisch für die neue Diskussion – den Begriff der Gemeinschaft gegen den Strich einer ontologischen Auslegung. Jede Entdeckung, Freilegung oder Schaffung einer Gemeinschaft als eine Ins-Werk-Setzung einer Gemeinschaft verschüttet den Erfahrungsraum des Gemeinschaftlichen. Damit gerät die Figur der Gemeinschaft paradox. Nur in ihrer Auftrennung, ihrer Unmöglichkeit kann das gemeinschaftliche Moment erscheinen. „Die Gemeinschaft nimmt also folgende besondere Stellung ein: Sie garantiert die Unmöglichkeit ihrer eigenen Immanenz, die Unmöglichkeit eines gemeinschaftlichen Seins als Subjekt. Die Gemeinschaft garantiert und markiert in gewisser Weise die Unmöglichkeit der Gemeinschaft – dies ist ihre ureigene Geste und die Spur ihres Tuns.“ (ebd., S. 38) Letztlich verdichtet sich die paradox erscheinende Anlage der Gemeinschaft in der Logik, dass mit der Gemeinschaft ein gewisser Absolutheitsanspruch der eigenen Konstitution

verbunden wird, wonach die Gemeinschaft in dem Moment erfahrbar wird, in dem sie ihre eigene Grenze mit einschließt. Letzteres allerdings macht die konkrete („verdinglichte“, „projektierte“) Gemeinschaft denkmöglich. Gemeinschaft erscheint dann immer nur im Moment ihrer Auftrennung.

Für die Didaktik der Politischen Bildung ist dies von Bedeutung. Wenn die Ausbildung der Urteilskraft und die politische Handlungs- und Orientierungsfähigkeit im Bezug auf das Moment, das die Gesellschaft im Innersten zusammenhält, ausgeprägt wird, ist der Zugschnitt des Innersten der Gesellschaft als ent(-)werkte Gemeinschaft zu prüfen. Für die Didaktik der Politischen Bildung bleibt die Bewegung vom Unbestimmten zum Bestimmten, innerhalb derer eine Wertebasis als Kompromissformel ausgewiesen wird, bedeutsam, sollte aber angesichts offensichtlicher Grenzen ergänzt werden. Folgt man den Einlassungen in der Debatte um den Gemeinschaftsbegriff, wird deutlich, dass auch im Sichtbarmachen von Trennungen ein gemeinschaftliches Moment erfahrbar wird.

Entsprechende Überlegungen finden sich in den jüngsten Versuchen, dem „Politischen“ in der Politik habhaft zu werden. Das Politische steht dem Grunde nach hinter den gesellschaftlichen Einrichtungen der Politik, aus denen aber nicht mehr ersichtlich wird, was ihr gemeinsames Moment ausmacht. Die Politische Bildung hätte dann nicht allein Gemeinsamkeiten freizulegen oder zu suchen, sondern müsste die Unvereinbarkeit von Auseinandersetzungen kenntlich machen und darin die Gemeinschaft erfahrbar machen. Entsprechend hat Mouffe den Agonismus als Form des radikalen Streits ausgewiesen, in dem keine konsensuelle Basis für den Streit besteht. Im Austragen dieses Agonismus wird das politische Moment über eine

Gemeinschaftserfahrung erfahrbar. „Obwohl sie sich also im Konflikt befinden, erkennen sie sich als derselben politischen *Gemeinschaft* [Herv., W.F.] zugehörig; sie teilen einem gemeinsamen symbolischen Raum, in dem der Konflikt stattfindet.“ (Mouffe 2007, S. 30) Im Lernprozess wären demnach Formulierungen und Artikulationen von radikalen Dissensen als Erfahrungsraum dessen, was die Gesellschaft im Innersten zusammenhält, zu stärken. Der Begriff der Urteilskraft hätte sich entsprechend nicht an rationalen Entscheidungsprozessen zu orientieren, sondern an der Erfahrung des Unbestimmten, wie sie v. Foerster in einem metaphysischen Postulat zum Ausdruck gebracht hat: „Nur *die* Fragen, die im Prinzip unentscheidbar sind, können *wir* entscheiden.“ (v. Foerster 1993, S. 73). Die Herstellung einer Entscheidung über die Unentscheidbarkeit konstituiert das „wir“. ♦

## Literatur

- Böckelmann, J.; Morgenroth, C. (Hg.): Politik der Gemeinschaft. Zur Konstitution des Politischen in der Gegenwart, Bielefeld 2008.
- Gamm, G.: Flucht aus der Kategorie: Die Positivierung des Unbestimmten als Ausgang der Moderne, Frankfurt/M. 1994.
- Gerhard, W.: Wie belastbar sind pluralistische Gesellschaften? – Sieben Thesen zur Sinn- und Identitätskrise der Gegenwart. In: Breit, G.; Schiele, S. (Hg.): Werte in der politischen Bildung, Bonn 2000, S. 71–86.
- Mouffe, C.: Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion, Frankfurt/M. 2007.
- Nancy, J.-L.: Die undarstellbare Gemeinschaft, Stuttgart 1988.
- Oelkers, J.: Allgemeine Pädagogik. In: Fatke, R. (Hg.): Forschung- und Handlungsfelder der Pädagogik, Weinheim/Basel 1997, S. 237–267.
- Rosa, H. u.a.: Theorien der Gemeinschaft zur Einführung, Hamburg 2010.
- v. Foerster, H.: Kybernetik, Berlin 1993.